



Nr. 46. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 28. Januar 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (27. Januar.)
11 Uhr. Am Ministerial Dr. Leonhardt, Graf Königsmarck und mehrere
Kommissarien.

Die Gesetzesinitiative, betreffend den Rechtszustand des Jädegebietes, die Lösung von Jagdscheinen in den Hohenzollernschen Landen, die Abänderung und Ergänzung des hannoverschen Gesetzes über Aufhebung von Weide-rechten und die Abänderung der Wegegesetzgebung der Provinz Hannover werden in dritter Lesung genehmigt. — Der Gesetzentwurf betreffend die Theilung des Kreises Beuthen wird auf Wunsch der Regierung von der Lagesordnung abgestellt, weil sich auf dem Kreistage die Majorität für eine Viertheilung statt der bisher beabsichtigten Dreiteilung ausgesprochen hat.

Das Haus fährt dann in der Beratung des Staats der Justiz-Verwaltung fort.

Zu Kap. 79 A. (Stadtgericht in Berlin) führt der Abgeordnete Ebert aus, daß die Setzerei des Stadtgerichts weit schlechter gestellt sind als die Kammergericht-Sekretäre; ihre Petitionen beantragt er der Staatsregierung zur Besichtigung zu überweisen.

Zu Kap. 83 (Kriminalosten) bemerkt der Abg. Belker, daß die Kosten des Verfahrens bei Antragsvergehen dem Staate zur Last fallen, wenn der Antrag auf Bestrafung zulässig wird. Er wünscht, daß womöglich durch die Reichsgesetzgebung bei der Strafprozeßordnung Abhilfe getroffen werde. Ferner bedarf der Kostentarif aus den Jahren 1811 und 1813 durchaus einer zeitgemäßen Abänderung. Endlich erfordern die Verordnungen im Bezug der Strafrichter Sonntagsfeier auch viele Kosten, weil häufig Bürger dieses Vergebens angelaufen und freigesprochen werden, wofür die Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen sind.

Reg.-Commiss. Geb.-Rath Rindfleisch: Der erste Punkt kann nur im Wege der Reichsgesetzgebung entschieden, der zweite wird in nächster Zeit durch königliche Verordnung geregelt werden. In Betriff des dritten ist, besonders nach seiner finanziellen Seite hin, vollständig außer Stande Auskunft zu geben.

Abg. Reichensperger (Koblenz) wünscht ebenfalls eine Abhilfe für die Unzulänglichkeit bei dem Antragsvergehen. Es kommen dabei häufig offensichtliche Verhöhnungen der Justiz vor. Eine Gesellschaft von jungen Leuten macht sich folgendes Vergnügen: Einer verklagt einen zweiten wegen angeblicher Misshandlungen, die Neubrigen werden als Zeugen vorgeladen und empfangen die Zeugengeschriften; die Sache verwirkt sich und kommt vor das Justizpolizeigericht; schließlich verzichtet der Kläger auf die Bestrafung, der Staat muß die Kosten tragen und die jungen Leute lachen die Justiz aus. Dieser Fall ist von glaubwürdiger Seite als Factum erzählt worden; jedenfalls trägt er zur Motivierung der Bitte bei.

Justizminister Dr. Leonhardt: Von dem eben erwähnten Falle ist mir nichts zu Ohren gekommen. Die Quelle wird nicht recht lauter sein, wie ich dann auch dienstlich erfahren habe, daß die Beschreibung, welche der Abgeordnete Reichensperger in Betriff der Reisen der Richter im Rheinlande gemacht hat, sich nicht so verhalten. Im Übrigen muß ich anerkennen, daß die Behandlung der Antragsvergehen im Reichsstrafgesetzbuch keine glückliche ist. Ich habe bereits bei Einführung derselben gelagt, daß es auf eine lange Dauer keinen Anspruch machen kann und daß vielleicht in fünf Jahren zu einer Revision getreten werden muss. Aber jetzt schon eine Veränderung vorzunehmen, scheint mir nicht ratschlich.

Abg. Reichensperger (Koblenz): Der Herr Justizminister hat mir auf meine früheren Äußerungen in Bezug auf die Reisegefahren der in Privatstreitigkeiten reisenden Richter eine Art Dementi gegeben. Da ich bereits 42 Jahre in der rheinischen Justizpflege mich bewege und also einigermaßen bestreitbar weiß, so halte ich meine Äußerungen in ihrem ganzen Umfange aufrecht.

Abg. Belker: Ich habe damals den Anführungen des Abg. Reichensperger nicht widersprochen, weil der Justizminister Erklärungen einzufordern versprach. Jetzt will ich gegen die 42 Jahre die Unzulänglichkeit des Abg. Reichensperger die 40 Jahre in die Wagschale legen, die ich meinerseits im Justizdienst verbracht habe und bestätige die Worte des Herrn Justizministers; auch mir ist nichts von derartigen Dingen zu Ohren gekommen.

Zu Kapitel 12 Titel 4 (Gefängnis am Blöcken) bemerkt Abgeordneter Ebert: Dieses Gefängnis wird nach dem System der Einzelhaft gebaut. Dieselbe ist nach unserem Strafgesetzbuch nur facultativ eingeführt und ihre Anwendung in die Machtvolkommenheit der Beamten gelegt. Auf dem Gefängniscongress in London ist die Einzelhaft allgemein verworfen; Amerika, Italien, die Schweiz und Frankreich aber sich von derselben abgewendet. Sie gehört nicht mehr in unser Zeitalter; sie ist eine Ausgeburt mündlicher und pietistischer Einrichtungen, über die der Zeitgeist und die Wissenschaft längst gerichtet hat, die nicht in den Verfassungsstaat passt. Überhaupt muß die Gefängnisverwaltung in Preußen nicht mehr in zwei Händen sein, es fehlt bei uns an einer Organisation der Justizverwaltung und so lange diese nicht da ist, behauptet ich, daß es in Preußen an einer verfassungsmäßigen Gefängnisverwaltung fehlt.

Der Justizminister: Es ist nicht Zeit dazu, sich darüber zu unterhalten, ob die Einzelhaft die bessere ist oder eine andere. Durch das Strafgesetzbuch ist sie zugelassen und auf Grund dieser Bestimmung muß ich Minister schaffen diese Strafe zu vollziehen. Das die Wissenschaft über die Einzelhaft gerichtet hat, ist mir etwas ganz Neues. Das sich die Kulturländer Europas davon abgewandt haben, wird zwar vom Abgeordneten Ebert behauptet; es mag sein, aber ich glaube es nicht. Man streitet in der Wissenschaft nur darüber, inwieweit die Einzelhaft anzunehmen ist. Die Meisten der Meinung, daß sie sich als Anfang einer Strafe durchaus empfiehlt. Wenn sie irgendwo angebracht ist, so identifiziert mir dies bei den jungen Berliner Straßlingen der Fall zu sein, daß ist eine ganze böse Societät von Gaunern. (Heiterkeit!) Der Abg. Ebert scheint mir nur Theoretiker zu sein; wenn er sich der Praxis hingeben wollte, würde er bald anderer Meinung sein. Vorläufig lasse ich mich durch seine Worte nicht beeinflussen.

Abg. Ebert: Ich bin allerdings Theoretiker, gerade so wie der Herr Justizminister. Praktiker sind nur diejenigen, die im Gefängnis gewesen sind. (Sturmische Heiterkeit!) Da bedauere ich recht sehr, daß die Reden der Mitglieder des Reichstages, welche im Gefängnis in Einzelhaft gewesen sind, keinen tieferen Eindruck auf ihn gemacht haben. Ich empfehle ihm die Lecture der Reden der Abgeordneten Wiggers und Ziegler, in welcher sie von den unendlichen Dualen sprechen, die sie in der Einzelhaft ausgestanden. Wenn der Justizminister sagte, ich sei ein Theoretiker, so hat mir einmal der Abgeordnete Stroher gelagt, über Gefängnisse könne nur ein Gefängnisdirektor sprechen. Das geht zu weit. In London haben sich die Freunde der Menschheit zusammengefunden und besonders über die Einzelhaft discutirt. Wenn der Herr Minister die Verhandlungen noch nicht kennt, so empfehle ich ihm den Bericht des Professors von Holzendorff. Darauf verliest der Redner eine längere Stelle aus diesem Bericht, welche die Einzelhaft betrifft.

Der Justizminister: Ich bin allerdings nur Theoretiker und verlange auch vom Abgeordneten Ebert nicht, daß er Praktiker werden solle, in der Richtung, daß er sich als Straßling einsperren läßt oder Gefängnis-Director wird. Aber wünschenswerth wäre es, daß er sich in die Gefängnisse begebe und sich mit den einzelnen Straßlingen unterhalte. Da lernt man mehr als auf dem Congress in London. Über er bewegt sich nur in wissenschaftlichen Fortschritten. Ich selbst bin in die Gefängnisse gegangen und habe mit allen Gefangenen gesprochen; überall hat man mir gesagt, daß der Abg. Ebert sie nicht besucht hat.

Abg. Ebert: Ich bin in verschiedenen Gefängnissen, nicht nur in preußischen, gewesen; der letzte Vorwurf trifft also nicht.

Abg. Götting: Es ist nicht richtig, daß die Wissenschaft über das System der Einzelhaft gerichtet hat. Der Juristentag hat in Heidelberg das System der Einzelhaft als das richtige anerkannt und der Reichstag vor zwei Jahren diese Strafform in das Strafgesetz aufgenommen. Auch von anderen Seiten wird die Einzelhaft der Gesellschaftsstadt vorgezogen. Neben Eines ist bis jetzt berichtet: das ist über die Vererblichkeit der Gesellschaftsstadt, denn diese ist ein Heerd der Ansteckung und Verführung. Bei der Einzelhaft hat

man nur darüber gestritten, ob sie in ihrer ganzen Reinheit festzuhalten sei. Ueberhaupt ist es gut, wenn man sich nicht an einen Mann als Vertreter der Ansichten seines Landes hält, sondern auch die Schriften anderer liest. Den Anschauungen des Gefängniscongresses wird in neuester Zeit in zahlreichen Schriften durchaus widersprochen.

Ref. Lascher: In der Commission ist eine lange Verhandlung über diesen Posten geführt worden. Es hat sich kein Widerspruch dagegen erhoben. Ich will noch hinzuholgen, daß ich selbst vor mehreren Jahren ein Gegner der Einzelhaft war, aber seitdem ich ein paar Gefängnisse besucht habe, bin ich anderer Meinung geworden. Ich glaube, daß die schädliche oder segensreiche Wirkung der Einzelhaft lediglich durch die Leitung bedingt wird. Für das Gefängnis am Blöcken ist ein ganz vorzüglicher Mann gewonnen worden, der erklärt hat, daß er vor allen Dingen Einzelhaft braucht, nicht blos für die schlechten Kerle, sondern auch besonders für diejenigen, die durch Unglück zu Verbrechen verleitet worden sind; für diese ist es erträglicher allein als in Gesellschaft von Verbrechern eingesperrt zu sein. Dazu muß die Möglichkeit der Einzelhaft gegeben sein.

In Betriff der auf den Justiz-Etat bezüglichen Petitionen hat die Budget-Commission beantragt, eine größere Anzahl derselben, die sich auf Gesetzesverhältnisse bezieht, durch die Beschlüsse des Hauses für erledigt zu erklären.

Abg. Ebert beantragt dagegen (s. o.) die Petitionen der Secrétaire, Kanzler-Dictatoren, Bureau-Dictatoren, Canzlisten und Protokollführer der Regierung zur Verübungskraft zu überweisen und dieselben aufzuerfordern die Gehaltsabesserung der Boten und Executoren des Stadtgerichts in Erwägung zu ziehen. Der Antragsteller bemerkt: Die in Rente stehenden Beamten reisen tatsächlich langsam dem Verhungern entgegen, was schlimmer als das Verhungern selbst ist. Es ist heute für einen Familienvater unmöglich mit 1 Thaler jährlich (Große Heiterkeit), täglich wollte ich sagen, auszukommen.

Sein Antrag wird vom Regierungs-Commissar Rindfleisch abgelehnt, auch Referent Lascher erklärt sich dagegen: Der Antragsteller greife durch seinen Antrag zwei oder drei Beamten-Kategorien heraus, bei welchen zum Theil gar nicht vom Verhungern die Rede sein kann. Das Haus darf aber solche willkürliche Vorzugsbehandlungen gewisser Subalternbeamten-Klassen nicht anstreben.

Der Antrag Ebert wird abgelehnt, dagegen werden auf Antrag der Budget-Commission, gewisse Petitionen, so weit dieselben die Erhöhung des Gesamt-Einkommens bis zu einem bestimmten Maximum betreffen und so weit es sich um eine Vermeidung der elatimären Secretarstellen beim Stadtgericht zu Berlin bis zu dem sonst üblichen Durchschnittsverhältnis handelt, der Staatsregierung zur Verübungsermittlung überwiesen.

Eine andere Petition wird der Staatsregierung mit der Aufforderung überwiesen, dafür Sorge zu tragen, daß die Criminal-Protokollfahnen regelmäßig aus der Zahl der gehörig vorgebildeten Bureau-Beamten entnommen werden.

Damit ist der Etat der Justiz-Verwaltung in zweiter Beratung erledigt.

Zum Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums hat die Budget-Commission nur Anträge formalen Inhalts gestellt. Zu Tit. 4, Cap. 32 (Einnahme) und Cap. 108 (Ausgabe) beantragt Abg. Birchow: 1) zu erklären, daß es die im Laufe des vorigen Staatsjahrs durch allerhöchste Verordnung vom 27. April d. J. angeordnete Übertragung der Veterinär-Verwaltung einschließlich der Thierarzneischulen auf das Ministerium der landwirtschaftlichen Angelegenheiten als gerechtfertigt nicht anerkennt; 2) Cap. 32, Tit. 4 der Einnahmen und Cap. 108 der Ausgaben (Veterinärwesen) in dem Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums zu streichen und in den Etat des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten aufzurichten.

Referent v. Wedell (Malchow): Die Verfügung, wodurch das Veterinärwesen dem Cultusministerium entzogen und dem Landwirtschaftlichen überwiesen wurde, halte ich für verfassungsmäßig, da das Budgetrecht des Hauses dadurch in keiner Weise verletzt worden ist. Der Antrag Birchow schädigt aber die Interessen des landwirtschaftlichen Ministeriums und der Landwirtschaft. Ohne Herrn Minister Fall zu nahe treten zu wollen, glaube ich doch, daß er nicht mehr vom Veterinärwesen versteht, als der landwirtschaftliche Minister, aber der Cultusminister hat heute so viel andere Dinge zu thun, daß er kaum seine Fürsorge dem Veterinärwesen wird widmen können. Ich bitte daher, das Veterinärwesen beim landwirtschaftlichen Ministerium zu lassen.

Abg. Bahr fragt an, wie weit die Ausarbeitung eines Kostengesetzes für die General-Commissionen und Auseinandersetzungs-Behörden gediehen sei. Der Herr Abgeordnete hätte im Interesse der Provinz Hessen noch manches zu fragen und zu wünschen, steht aber mit Rücksicht darauf, daß der jüngste Minister der Landwirtschaft erst kürzlich in sein Amt getreten ist, davon ab.

Minister Graf Königsmarck: Ich acceptire die Neuflözung des Herrn Vorredners, daß ich für willkürliche oder vermeintliche Omissionen des jetzt von mir geleiteten Ministeriums nicht verantwortlich zu machen bin, was aber auch darauf aufmerksam machen, daß ich erst vor 2 Tagen die Leitung der Geschäfte übernommen habe, und daß es mir bis heute unmöglich gewesen ist, mich so eingehend mit dem zur Beratung stehenden Etat zu beschäftigen, wie ich es gewünscht hätte. Ich kann daher wohl auf Ihre Zustimmung rechnen, wenn ich die Vertretung dieses Ministeriums bei der jetzigen Beratung meist den Räthen überlasse, welche bei der Aufführung des Etats mitgewirkt haben, also jedenfalls gründlicher informiert sind, als ich es im Augenblick sein kann. Ich stelle anheim, an dieselben specielle Fragen zu richten.

Regierungs-Commissar Heyder: Das Gesetz, betreffend die Kosten der Auseinandersetzungsbehörden ist bereits fertig ausgearbeitet und hat nur noch einige nötige Instanzen zu durchlaufen, um demnächst dem Hause vorzulegen zu werden.

Abg. Parisius: Schon seit Jahren wird darüber gellagt, daß die landwirtschaftlichen Lehranstalten, ich brauche nur Proslau und Oldena zu nennen, immer mehr zurückgehen, und zwar wird die Schuld den Decernen des landwirtschaftlichen Ministeriums zugeschoben. Ich gebe dem Minister anheim, zu untersuchen, ob es nicht allein angemessen ist, diese Lehranstalten dem Cultusminister zu überweisen.

Abg. von Kardorff: Diese Maßregel kann nur für die höheren, keineswegs für die mittleren landwirtschaftlichen Institute segensreich sein; für die letzteren wäre sie das ungünstigste, was man thun könnte.

Abg. Dr. Birchow: Ich hoffe, das Haus ist überzeugt, daß mein Antrag (s. oben) nicht aus einer Parteiauffassung oder persönlichen Liebhaberei hervorgeht. Es handelt sich darin um eine constitutionelle Frage von höchster Bedeutung. Der eben abgegangene Minister hatte auf meine Interpellation über dieselbe Frage keine andere Antwort, als daß er sein Ministerium auf eine breitere Basis stellen müsse. Es war also ein Verzweiflungssatz von ihm. (Heiterkeit!) Er griff nach einem Strohalm, der ihn aber, wie wir sehen, nicht hat über Wasser halten können. Es ist wohl für das jetzige Ministerium opportun, wieder gut zu machen, was sein Vorredner dem Cultusministerium angethan hat. Wir dürfen nicht zugeben, daß die Regierung für sich das Recht beansprucht, während eines Etatsjahrs, nachdem das Etatgesetz mit Zustimmung aller Factorien zu Stande gekommen und publicirt ist, solche Transaktion eines Verwaltungszweiges in ein anderes Ressort vorzunehmen. Und diese Maßregel geschah nach Erlass des Ober-Rechnungshammer-Gesetzes vom 27. März 1872, das jolchem Verfahren widerspricht. Wird die Maßregel als zweckmäßig hingestellt, so muß man die Personenfrage von den sachlichen unterscheiden. Ich gefaßt zu, daß im Personenfrage von den sachlichen unterscheiden. Ich gefaßt zu, daß im Cultusministerium für Thierarzneischulen und Veterinärwesen hält mehr geschehen können, aber will man alles das vom Cultusministerium wegnehmen, was darin in leichter Zeit schlecht verwaltet worden ist — was möchte dann noch davon übrig bleiben? Ebenso kann die Verwaltung der königlichen Museen dem landwirtschaftlichen Ministerium übergeben werden, weil darin gewisse Räthe sitzen, die kunstverständiger sind, als die im Cultusministerium. Aber das ist doch nicht der rechte Weg, dann die ganze Verwaltung zu versetzen, sondern man gehe die Capitulaten, die Personen in die andere Verwaltung versetzen. (Sehr richtig!)

Die Landwirthe verachten im Allgemeinen die Thierärzte und man kann

einem Ministerium, das von vornherein derselben Richtung angehört, nicht zutrauen, daß es sich mit Vorliebe und Erfolg der Ausbildung dieses Zweiges widmen werde. Ich verhebe dem gegenwärtigen Minister nicht, daß mir über ihn selbst erzählt worden ist, er habe als Landrat des Kreises Chodzien die Absicht gehegt, einen Abdecker zum Kreisherrn zu ernennen. (Hört! hört! Heiterkeit links!) Ja, meine Herren, so denkt man in den betreffenden Kreisen, könnte es widerlegt werden, so wäre ich sehr zufrieden, aber man hat im Lande die Überzeugung, daß ganze Thierarzneischulen werden im landwirtschaftlichen Ministerium als etwas Untergeordnetes angesehen, es sollte nur dazu dienen, demselben eine breitere Unterlage zu geben, es in eine corpulente Form zu bringen und ihm dadurch eine anständigere Erscheinung unter den übrigen Ministerien zu sichern. Wenn Sie nun sagen, es handle sich ja um eine wesentlich landwirtschaftliche Sache, die Thierärzte sollen ja unser Vieh behandeln, das wir bestimmen, so könnten Sie mit demselben Recht verlangen, daß die Aerzte dem landwirtschaftlichen Ressort unterstellt würden. Dann sie sollen ja auch Ihre Arbeiter und Tagelöhner, gelegentlich Sie selbst behandeln.

Diesen Anschauungen gegenüber betone ich, daß zwischen der Thier- und Menschenarzneikunde wissenschaftlich keine Scheidegrenze ist oder sein sollte. Das Objekt ist verschieden, aber die Erfahrungen, die aus dem Objekt zu schöpfen sind, sind Lehrlinge, welche die Grundlage der Doctrinen bilden. Dagegen hat sich auch von Seiten der Wissenschaft die Verbindung zwischen Thier- und Menschenarzneikunde immer inniger gestaltet. Der Grund der bisherigen geringen Leistungen unserer Thierarzneischulen lag, wie ich das im vorigen Jahre ausgeführt, vor allem in ihrer ungenügenden Verbindung mit dem Ressort des Kriegsministeriums, wodurch die Dressur von Hufschmieden und Rosärtern niederen Ranges bewirkt wurde. Das ist jetzt besser geworden. Was die Veterinärpolizei betrifft, die sich künftig durch ihre Grausamkeit auszeichnet, indem sie bei Epidemien stets geneigt ist, massenweise zu töten, so vermag ich auch hier einen vernünftigen Grund nicht zu finden, warum sie nicht dem Cultusministerium unterstellt werden könnte. Macht uns die Regierung eine bezügliche Vorlage, so hätte ich kein Bedenken, sowohl das Thierarzneischulwesen als die Veterinärpolizei dem Cultusministerium zuzufügeln.

Abg. Dr. Friedenthal: Die Auffassung des Vorredners, daß das publicierte Überrechnungslammergesetz sich mit seinen Bestimmungen auch auf den vorjährigen Etat bezieht, ist unrichtig. Es ist bei Beratung des Gesetzes unweিশafit klar gestellt, daß es auf den verlorenen Etat keine Anwendung finden sollte. Die vom Vorredner an diese falsche Voraussetzung geknüpften Deductionen sind also hinfällig. Auch mir hat das Verfahren der Regierung im vorigen Jahre nicht gefallen; es machte keinen angenehmen Eindruck, daß man eine so wesentliche Veränderung des eben publicirten Etats vornahm. Nachdem das aber einmal geschehen, wird bei der Rechnungslegung über das verlorenen Jahr die Zeit bekommen sein, darüber zu entscheiden, ob dafür Indemnität zu ertheilen sei oder nicht. Jetzt haben wir es nur mit der Utilitätsfrage zu thun. Diese betrachte ich nicht als Parole angelegenheit. Ich habe immer constatirt, daß ich der sogenannten landwirtschaftlichen Interessenvertretung nicht angehöre. Ich meine einerseits, daß wissenschaftliche Centralanstalten der Landwirtschaft dem Unterrichtsministerium angehören, andererseits aber die Veterinärpolizei unbedingt dem landwirtschaftlichen Ressort zuzuteilen sei. Die Bemerkungen des Vorredners zu der letzten Frage sind mehr Geistespiele als Argumente der Überzeugung. Der lebte zweit der Veterinärpolizei, die Verordnung der Viehzucht, gehörte so ausschließlich der Landwirtschaft an, daß das Interesse der letzteren nur durch Überweisung an das zugehörige Ministerium gedeckt entwidmet werden kann. Ich muß der Behauptung ganz entgegen, daß die Thierärzte selbst dem Cultusministerium unterstellt zu werden wünschen, ich habe von verschiedener Seite entgegengesetzte Wünsche veruommen, die ja auch in einer Petition ihren Ausdruck gefunden haben. Die gerügten Unzulänglichkeiten der Veterinärpolizei liegen weniger im Centrum als in der unrichtigen Handhabung bei den Vizier- und Localinstanzen. Das wird jetzt, nachdem die Kreisordnung Gesetz geworden, besser werden.

Der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten: Der Abg. Birchow hat vorhin mitgetheilt, ihm sei von wohlunterrichteter Seite erzählt worden, ich habe als Landrat des Kreises Chodzien die Anstellung eines Abdecker als Kreisherrn befürwortet; wollte ich das mit Stillschweigen übergehen, so

dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite sechsjährige Amtsauer bestätigt. Der Geheime Ober-Postrat Dr. jur. Otto Dambach ist zugleich zum außerordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ernannt worden. Die Privat-Docenten Dr. Konrad Barrentzapp und Dr. Johannes Schmidt in Bonn sind zu außerordentlichen Professoren in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Dem William Henry Barker zu London ist unter dem 23. Januar er ein Patent auf eine Getreide-Waage auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 27. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und König] begaben Allerhöchstlich am Sonnabend früh 8 Uhr nach dem Jagdschloss Hubertusstock und hielten daselbst eine Jagd auf Rothwild ab. Se. Majestät waren begleitet von Ihren Königlichen Hohheiten den Prinzen Carl und Friedrich Carl. In Allerhöchsten Gefolge befanden sich der Ob. st. Jägermeister Fürst Pless, Viceober-Jägermeister von Metring, Hofmarschall Graf Perponcher, Hofsägermeister v. Heinze, Generalarzt Dr. von Lauer. Den Dienst bei Sr. Majestät hatte der Flügel-Adjutant Major von Winterfeld. Mit Einladungen zur Jagd waren geehrt worden: der kaiserlich österreichische Botschafter, der Minister des königlichen Hauses Frhr. von Schleinitz, der Ober-Landsmeister von Hagen, Ober-Landsmeister von Massow und der Landrat Graf Arnim-Borsigburg.

Gestern im Laufe des Vormittags arbeiteten Se. Majestät allein und empfingen darauf den General-Lieutenant von Berger, Commandanten von Hannover, den General-Adjutanten Grafen von der Goltz, die Generale à la suite von Obernitz und Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelsing. Audienzen hatten der Gesandte Freiherr von Rosenberg und der Legations-Sekretär von Tümpeling. Um 11½ Uhr nahmen Se. Majestät die Meldung einer Deputation des 1. Armee-Corps entgegen, welche aus Frankreich von der Einweihung eines den gefallenen Kameraden gedenkenden Denkmals zurückgekehrt war.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der 4. Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend und wohnte gestern dem Gottesdienste in der Kapelle des Augusta-Hospitals bei. — Das Familientreffen fand gestern bei den kaiserlichen Majestäten im Königlichen Palais statt. (Reichsanzeiger)

Königsberg i. Pr., 27. Januar. [Schiffssverkehr.] Das heute Vormittag von Pillau herausgekommenen Regierungs-Dampfboot „Merkur“, welches am Nachmittag wieder zurückkehren will, bringt die Meldung, daß die Eisdecke des Hafes noch sehr schwach sei; gleichwohl ist bei dem anhaltenden Frost die Schiffahrt als wieder geschlossen zu betrachten.

Posen, 27. Januar. [Der bisherige Rector] des aufgelösten Jesuiten-Collegiums in Schrimm, Graf Mycielski, ist, nachdem das an das Reichskanzleramt gerichtete Gesuch, ihm weiteren Aufenthalt zu gestatten, abgelehnt worden, aufgesfordert, nunmehr sofort die Provinz Posen zu verlassen. Gleichzeitig ist ihm amtlich eröffnet, daß er seinen ferneren Wohnsitz weder in den Provinzen Schlesien, Preußen, Westphalen, Rheinland, noch in den Residenzstädten Berlin und Potsdam nehmen dürfe.

Vom Rhein, 28. Januar. [Zur Ausbildung des katholischen Clerus.] Bei dem heftigen Streit, welcher über die Regierungsvorlage Betreffs der Ausbildung der katholischen Geistlichen entbrannte, würde es von Interesse sein, wenn die Regierung aus den Acten der Universität Bonn den Hauptinhalt der Verhandlungen veröffentlichten, welche zwischen dem Cultus-Ministerium und dem katholischen Stuhl in Köln über die katholisch-theologische Fakultät in Bonn und speziell über das mit derselben verbundene Convict seit dem Bestehen der Universität geführt worden sind. Es würden diese Verhandlungen ein helles Licht werfen auf die Umwandlungen, die sich in den Anschauungen der höheren wie der niederen Geistlichkeit in dieser Zeit vollzogen haben. Welch ein Unterschied zwischen einem nicht nur selbst hochgebildeten, sondern auch für eine möglichst allseitige Bildung seines Clerus bemühten Manne wie Graf Spiegel und den heutigen Bischofsen, die am liebsten ihre Geistlichen in klosterlicher Sperrre als gefügige Werkzeuge sich heranziehen möchten! Graf Spiegel schrieb seiner Zeit wiederholt an den damaligen Curator der Universität Bonn, Geh. Rath v. Nehfues, er möge es doch nur ja beeilen, mit der Organisation der Fakultät und speziell des Convictoriums zum Abschluß zu kommen, so lange er, der Bischof, noch Auftrag und Vollmacht vom Papste habe, diese Conventions abzuschließen; wenn sein Commissorium abgelaufen sei, möge leicht die ganze Sache einen für die Ausbildung des Clerus verderblichen Gang nehmen.

Er wenigstens wolle in seiner Diözese nicht jene unwissenden Fanatiker, wie sie die Dressur der Seminare liefern, sondern philosophisch gebildete, der modernen Cultur nicht fern stehende Männer, wie sie allein die Universität mit ihren vielseitigen Hilfsmitteln unter dem Einfluß des wissenschaftlichen Lebens heranbilden könne. Demgemäß wurden denn auch das Studium der katholischen Theologie und die Verhältnisse des Convict in Bonn in einer Weise geregelt, welche jenen humanen Ansichten entsprach. Was Graf Spiegel geahnt, sollte sich nur zu bald erfüllen; immer dringlicher haben seine Nachfolger die Änderung dieser Verträge verlangt, um die Ausbildung der katholischen Geistlichen ganz ausschließlich unter ihre Hand zu bekommen. Cardinal v. Geissel war zwar auch hierin wie im übrigen noch ziemlich gemäßigt und begnügte sich mit einigen schwachen Anlässen; der jetzige Bischof dagegen ging so weit, sich einer Ausdehnung der Freiheiten am Convict in Bonn zu widersetzen, bloß weil nach den Verträgen die Hälfte jener Freistellen vom Tutorium der Universität vergeben wird, also jungen Leuten zu Gute kommen kann, welche nicht reine Creaturen des Bischofs sind. Zugleich verlangte der Bischof Änderungen in der Leitung des Convictoriums, wünschte es am liebsten nach Köln verlegt und ganz in seine Hand gegeben, motivirte dies mit dem schlechten Einfluß der Universität, wie es sich in dem Aufgeben des theologischen Studiums Seitens vieler jungen Theologen offenbare, und suchte jede Berufung auf die früheren Bischofe damit abzuweisen, daß er diesen alle Verantwortlichkeit vor dem Richterstuhle Gottes über solche von ihnen genehmigte Einrichtungen zugeschoben, die zu bestimmen ihn seine Ansichten zwangen. Am liebsten, so war in den Verhandlungen deutlich ausgedrückt, möchte der Bischof die katholisch-theologische Fakultät in Bonn in anderer Weise lahm zu legen. Wer daher nicht in einer thöricht optimistischen Weise den radicalen Idee huldigt, je unwissender und je mehr mit den Zeitschriften im Widerspruch der Clerus sei, desto weniger Macht habe er und desto leichter könne die humane Aufklärung seinen Einfluß brechen, der muß die Vorlagen der Regierung als einen wichtigen Schritt zur Sicherung der Heranbildung wissenschaftlich gebildeter und darum auch unserer Cultur und nationalen Entwicklung minder gefährlicher Geistlichen mit Freuden begrüßen. (R. Z.)

Glauchau, 27. Januar. [Wahl.] Als amtliches Resultat der im 17. sächsischen Wahlbezirke vorgenommenen Wahl eines Reichstags-

Abgeordneten wird bekannt gemacht, daß von den abgegebenen 14,720 Stimmen 10,440 auf Bebel, 4240 auf den hiesigen Bezirkgerichts-Direktor Pegolt gesunken sind.

München, 25. Jan. [Graf Tauffkirchen.] — Die Falschen Gesetzentwürfe. — Jesuit Frhr. v. Pelkhoven. — Personalien. — Eisenbahn-Compagnie. — Urtheil des obersten Gerichtshofs. — Sociale Zustände in Altbayern. — Die Frage der Überprüfung des Grafen Tauffkirchen aus Rom ist unverdienter Weise zu einer Wichtigkeit aufgebaucht worden, die sie in der That nicht verdient. Der Sachverhalt ist wie sich nunmehr herausstellt, in Kürze folgender: Als auf Besuch des Fürsten Bismarck der Geschäftsträger Stumm im Urlaub ging, wurde im bayrischen Ministerialrat die Frage erörtert, ob Bayern sich dieser Demonstration anschließen sollte. Es wurde dies zwar als überflüssig erachtet, um jedoch jeden Anlaß zu einer Spannung zu vermeiden, setzte sich der Minister des Neuen, v. Preyschner, mit dem Reichskanzler ins Vernehmen und es stellte sich heraus, daß dieser nicht nur der gleichen Ansicht war, sondern sogar noch das fernere Verbleiben des Grafen ausdrücklich wünschte. Es erscheint dies auch leicht erklärlig, weil durch die Anwesenheit des Grafen bez. durch das Verbleiben der bayrischen Gesellschaft in Rom doch eine der deutschen Regierungen und durch dieselbe auch die Reichsregierung von den Vorgängen im Vatican wie in Rom überhaupt jederzeit unterrichtet ist. Könnten ja doch, ganz abgesehen von andern bemerkenswerthen Verfällen bei dem hohen Alter Pius IX. wichtige Ereignisse in Rom mit jeder Stunde eintreten. Von anderer Seite wird, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, vermutet, man fühle in Berlin hinterdrein sehr wohl, in den Allocutions-sache anfangs zu hing vorgegangen zu sein, und habe den unbedachten Worten des altersschwachen Mannes im Vatican mehr Bedeutung beigegnet als sie verdienen. Differenzen im Ministerium aus diesem Anlaß bestehen nicht. — Die Falschen Gesetzentwürfe finden, je mehr man sich hier mit dem Inhalte derselben bekannt macht, immer größere Billigung, rufen aber auch zugleich eine Missstimmung darüber hervor, daß die bayerische Regierung in der Frage der Grenzregulirung zwischen Staat und Kirche in beständiger Unhäufigkeit verharre und man hier offenbar gezwungen ist, abzuwarten, was in dieser Beziehung durch die Reichsregierung geschehen wird. Wenngleich zugegeben werden muß, daß die Lösung der bereigten Frage für einen Staat von der confessionellen Zusammensetzung Bayerns ungleich schwieriger ist, als in Preußen, so kann doch andererseits auch nicht geleugnet werden, daß Bayern sich in diesem Falle aufs Neue als das Land und besonders seine Regierung als diejenige der verpaften Gelegenheiten gezeigt hat. Möchte die Energie des ersten deutschen Staates nur auch rasch und entschieden für den größten Theil des Reiches die richtige Lösung bringen, die braven Bayern werden dann mit der Zeit wohl nachgehinkt kommen. Nur immer hübsch langsam! —

— Der Jesuitenpater Freiherr v. Pelkhoven war bekanntlich mit seinem Gesuch, ihm den Aufenthalt in Landshut, woselbst seine Verwandten wohnen, zu gestatten, abgewiesen worden; aber auch seine weitere Hoffnung, die Entscheidung seines hiergegen ergriffenen Recurses dort abzuwarten zu dürfen, hat sich nicht realisiert. Es ist ihm vielmehr die Anweisung geworden, binnen drei Tagen Landshut und den Regierungsbezirk Niederbayern zu verlassen, der Stadtmagistrat von Landshut aber hat den Auftrag erhalten, nach Ablauf des Termins anzugehen, ob Freiherr v. Pelkhoven Landshut verlassen habe. Derselbe ist denn auch sofort von dort abgereist und weilt nunmehr seit gestern in München. — Noch immer erhält sich das Gericht von einer anderen Weise Verwendung des heftigen Polizei-Directors v. Burchtorff, obwohl dieser auch bis heut selbst noch nichts darüber weiß. Anlaß zu dieser als tatsächlich hingestellten Vermuthung mag vielleicht der Umstand geben, daß 2 Regierungspräsidenten, v. Zwehl in München (Oberbayern) und v. Feder in Ansbach (Mittelfranken) wegen zu weit vorgeschrittenen Alters ihrer Pensionierung entgegensehen, auf welche Weise zwei höhere Posten frei würden, deren einen die öffentliche Meinung für Herrn v. Burchtorff geeignet erachtet. Das „Vater“ bringt heute hierzu die Mittheilung, Regierungspräsident v. Zwehl solle pensionirt, Regierungspräsident Pracher (Regensburg) an dessen Stelle kommen und Regierungs- und Polizei-Director v. Burchtorff zum Regierungspräsidenten in Regensburg befördert werden. Die Möglichkeit eines solchen Wechsels in der Besetzung höherer Stellen ist zwar nicht ausgeschlossen, doch weiß bis heut außer dem „Vaterland“ noch Niemand, d. h. weder in den Ministerien noch selbst im Cabinet etwas von einer dies bezüglichen königlichen Entschließung: — Wie leicht fertig übrigens in der Erfindung und Verbreitung derartiger Nachrichten verfahren wird, beweist u. U. der Umstand, daß aus der neulichen Anwesenheit des Regierungspräsidenten von Oberfranken, des Freiherrn von Lerchenfeld, in München mit aller Bestimmtheit auf Nebenwürde des durch demnächstige Pensionierung des Führn. v. Zwehl in Erledigung kommenden Regierungspräsidenten für Oberbayern durch Freiherrn v. Lerchenfeld geschlossen und behauptet wurde, während er doch lediglich zum Begräbnis einer nahen Verwandten hierher gekommen war. — Die Bildung der mehrfach bereits erwähnten, neuerrichteten Eisenbahn-Compagnie ist nunmehr erfolgt und sind namentlich auch die Offiziere für dieselbe ernannt worden. Commandant der Compagnie ist der gleichzeitig zum Major beförderte bisherige Hauptmann de Ahna vom Ingenieur-Corps. — Der oberste Gerichtshof hat in der Rechtsstreitigkeit eines Augsburger Redacteurs die Strafverfügung des Untersuchungsrichters, der ihn wegen Verweigerung der Zeugenaussage als Redacteur zu 25 Fl. Geldstrafe verurtheile, aufgebohren. — Nachdem in politischer Beziehung in Bayern nahezu vollständiger Stillstand eingetreten, erregen die inneren sozialen Zustände des Landes nachgerade sehr erhöhte Aufmerksamkeit selbst des Auslandes. Räuberwesen, wie es in Italien nicht ausgebildeter zu finden und Dachauer Bankenwindel sorgen dafür, daß Bayern im Auslande nicht etwa in Vergessenheit gerathen. Vor einigen Tagen ist wiederum ein solches „Bandgeschäft“ der Gant verfallen. Die Besitzerin desselben, Privatfrau Ottile Mauer war früher Ladymädchen bei einem Conditor, verheirathete sich mit einem heruntergekommenen Commissions-Bureau-Inhaber, etablierte sodann eine Winkel-Liehanstalt und im oberen Stockwerk desselben Hauses eine Dachauer Bank. Wie hoch die hier in Verlust gehende Summe, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Was weiter das Räuberunwesen anlangt, so treibt es seine Blüthen nun auch bereits in München. Gestern Nachmittag ist hier ein allerdings mit festener Gutmuthigkeit oder besser gesagt Menschenkenntniß ausgestatteter Rentier in seiner eigenen Wohnung von zwei Bagabunden (einem Tiroler und einem Württemberger) angefallen, ja, er wäre sicher erdrostet worden, wenn nicht die Hausbewohner aufmerksam geworden wären und die Gauner, welche sich inzwischen etwa 800 Fl. in Papiergeld angeeignet, in die Flucht geschlagen hätten. Der Mann war von den beiden ihm gänzlich unbekannten Strölichen im Wirthshause gefragt worden, ob er ihnen nicht Silbergeld in Papier umwechseln wolle, was dieser nicht nur bezahlt, sondern sie auch noch einlud, mit ihm in seine Wohnung zu kommen, wo er ihnen dann seine ganze, nicht unbedeutende Baarschaft zeigte. Beide Räuber sind übrigens sofort erwischt und die entwendete Summe glücklich gerechnet worden. Aus Alt-Bayern kommen täglich Berichte über Räuber- und Mordansfälle,

noch aber ist, trotz der „umfassendsten Maßregeln“ von den Behörden, nichts bekannt geworden, daß auch nur ein einziger der besonders in Nieder-Bayern und der Pfalz ihr Unwesen treibenden Gauner außer dem Thalmessinger Raubmörder Merheim gefangen worden wäre — ein nicht gerade günstiges Zeichen für die Geschicklichkeit der bayerischen Gendarmerie im Spitzbubenfang.

Mecklenburg, 24. Januar. [Einweihung des Denkmals bei Moisseeville.] — Beschädigung des Monuments der 12. Infanterie-Brigade bei Moisseeville. — Landwirtschaftliches. — Die am 19. d. M. stattgefundenen Einweihung des Denkmals für die während des Krieges Gefallenen des 1. Armee-Corps war leider durch die Witterung nicht begünstigt; ein Sturm hatte sich erhaben, wie er seit langer Zeit bei uns nicht vorgekommen sein dürfte. Letzter hatte derselbe auch den größten Theil der Flaggen und Tannen, mit denen die umliegenden Gräber der gefallenen Deutschen und Franzosen geschmückt waren, zerstört. An der Feierlichkeit nahmen Theile in Mecklenburgs preußischen Infanterie-Regimenten, das ostpreußische Dragoner-Regiment, die Artillerie; außerdem waren heimliche in Frankreich noch befindliche und in den Reichslanden garnisonirende Regimenter durch Deputationen vertreten. Unter den beworrenden Persönlichkeiten sind zu nennen: der Oberst v. Massow, Commandeur des Grenadier-Regiments Kronprinz (1. ostpreußisches) Nr. 1; General-Lieutenant Freiherr v. Pritzelwitz, der im Kriege die 2. Division kommandirt hatte; endlich der Oberbefehlshaber der Occupationsarmee General v. Manteuffel. Die Redner, welche von dem katholischen und evangelischen Divisionsparrer, darauf von dem General-Lieutenant v. Bentheim und zuletzt von dem General v. Manteuffel gehalten wurden, waren wegen des stürmischen Wetters nur für die wenige Schritte von den Rednern entfernt verständlich. Der eine Redner betonte, daß es das erste Denkmal sei, welches in diesem Jahre die Weihe erhalten, aber auch das erste, welches die große innige Cameradschaft und treue Liebe eines gesammten Armee-Corps erachtet habe, erichtet zum Gedächtniß der 126 Offiziere, 281 Unteroffiziere, 3141 Mannschaften, dreier Armeen und dreier Beamten des 1. Armee-Corps, welche den Helden Tod auf den Schlachtfeldern starben oder ihren Wunden erlegen sind. Der General v. Manteuffel hob hervor, wie tapfer auch das 1. Armee-Corps in zahlreichen Schlachten gesiegt, die Hauptschlacht sei und bleibe die Schlacht bei Moisseeville; denn hier habe das Corps, ohne daß es die gute Flügelanlehnung an die Division Kummer, sowie das tüchtige Dreinschlägen der Landwehr-Division Senden verloren, am 31. August, in der daraus folgenden Nacht und am nächsten Vormittage dem Hauptstoß der ganzen Bataillons-Armee widerstanden. — Das Denkmal selbst besteht in einem 3,5 Meter hohen Postament von Sandstein, auf welchem ein colossaler, nach Mecklenburg gelehrt, schlender Löwe in bronziertem Eisen-Guss ruht. Erwähnenswert ist noch, daß auch die Bevölkerung an der Festlichkeit sich beteiligte, insbesondere, daß von einem Theile derselben zahlreiche Fahnen mit dem deutschen Adler ausgesteckt waren. — Als Gegensatz muß leider angeführt werden, daß das der 12. Infanterie-Brigade angehörende Denkmal bei Moisseeville von frevelhafter Hand beschädigt worden ist. Ihre Leser erkennen sich vielleicht noch der Schändung des Denkmals bei Verneville im vergangenen Herbst. Hoffentlich werden auch dieses Mal die Frevel ermittelt werden können. Wäre es aber nicht an der Zeit, mit der Bewachung und Pflege unserer zahlreichen, zum Theil dicht an einander liegenden Grabmäler invalide Krieger zu beauftragen, denen damit zugleich eine sorgfreie Existenz gesichert wäre? Die freiwilligen Spenden, die ihnen von den zahllosen Besuchern zu Theil werden würden, dienten ihre Pension um ein Vielfaches überschreiten. — Allgemein unter den Landwirten sind die Klagen über Beschädigungen der Grabesdenksäulen durch Mäuse und Schnecken; namentlich soll der Roggen an vielen Orten in hohem Grade gelitten haben. Doch soll nach den Erfahrungen von Dekonomen Hoffnung vorhanden sein, daß das angekündigte Ersetzen unter dem Einfluß günstiger Witterung wieder aufsetzt.

D e s t e r r e i c h.

* * Wien, 26. Jan. [Die Wahlreform.] — Eine Mission des Grafen Beust. — Präsident v. Hopfen hat an alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die dessen Sitzungen nicht regelmäßig beiwohnen, brieflich oder telegraphisch die Aufrufung richten lassen, mit dem Beginn des nächsten Monats doch ja in der Kammer zu erscheinen. Man schließt daraus, daß Baron Lasser seiner Sache ziemlich sicher ist, zu diesem Termine die Discussion im Plenum über seine Wahlreform-Vorlagen in Gang bringen zu können. Andererseits jedoch wird jetzt neuerdings sogar wieder bestritten, daß die Gesetzentwürfe bereits in dem kaiserlichen Cabinet liegen. Es könnten im Gegenthell wohl noch vierzehn Tage vergehen, ehe das Ministerium die alleinige Felle an die umfangreichen Elaborate gelegt habe. Auch habe die Regierung nicht den mindesten Grund, darin irgend etwas, auf Kosten des Inhalts, zu überreilen. Von oben her sei durchaus nichts zu befürchten; ihre einzige Sorge sei, die Vorlagen so gewissenhaft und genau zu überarbeiten, daß sie mit einem durchaus unanfechtbaren Weise aus einem Guss vor das Haus trete. Man hofft dann, jede weitere Debatte auszuschließen und, nachdem man die Polen ihren Zorn wird haben auszuschütten lassen, die Entwürfe en bloc vorliegen zu lassen. Daß die Polen momentan ihr Spiel eben so vollständig verloren haben, wie die Feudalen und Föderalisten, ist sicher. Ein ihnen bestreuter sehr hochgestellter Staatsmann sage das dem Vertrauensmann des Polenclubs auf dessen Anfrage mit dichten Worten. Desgleichen erfuhr Großolski auf eine versteckte Erklärung bei Hofe, ob die polnische Delegation sich nicht in einer Adresse direct an den Kaiser wenden solle, eine dringend abmahrende Antwort; es sei höchst unverständlich, den Monarchen in die Discussion zu ziehen, da es gar keinem Zweck unterliege, daß derselbe in nachdrücklichster Weise für das Ministerium eintrete und diesem eine solche Adresse zur verfassungsmäßigen Erledigung zuweisen würde. — Graf Beust, der morgen im Herrenhause seinen Eid als Patr ablegen wird, soll bald darauf in einer deßcaten Sendung auf seinen Posten nach England zurückkehren. Er wird sich nämlich in Chislehurst bemißt, von Madame Eugenie jene Briefe wiederquerlangen, die Mitglieder der österreichischen Kaiserfamilie an die Napoleonische gerichtet haben und deren Rückgabe Fürst Metternich im Spätherbst 1870 eben dort vergeblich zu erwirken sucht.

Wien, 27. Jan. [In der heutigen Sitzung des Herrenhauses] kam der Gesetzentwurf über die Organisation der Universitätsbehörden zur Beratung. Der Cardinal Fürst Schwarzenberg beantragte, die Vorlage an die Regierung zurückzuzwischen, um vor Bettelrem die Rechtsverhältnisse der Wiener und der Prager Universität einer genaueren Feststellung zu unterziehen. Nachdem Hasner sich gegen diesen Antrag erklärt und namentlich die Aufhebung der Beschränkung des Kanzleramtes auf die theologische Fakultät befürwortet hatte, schlug der Cardinal Rauscher den Übergang zur Tagesordnung vor, fand aber keine hinlängliche Unterstützung. Die Debatte soll deshalb morgen fortgesetzt werden.

Für die verstorbene Großfürstin Helene Paulowna von Russland ist die Anlegung einer zehntägigen Hofstrauer besohlen.

Wien, 27. Januar. [Verhaftungen.] Wie die hiesigen

Abendblätter melden, sind die Mitglieder des Verwaltungsrathes des Centralbauvereins, Marquis Vabquez-Pinoz, Reichsfreiherr Daubelebky-Sternel und Voistleber wegen Betruges verhaftet und dem Landesgerichte eingeliefert worden.

Schweiz.

Bern, 21. Jan. [Über die Fortschritte des Gotthardtunnels.] Es vermutet man, daß der Tunnelstollen auf der Seite von Göschenen bei täglicher Verwendung von 100 Mann bis zum 18. d. M. ungefähr 25 Meter vorgedrungen ist; auf der Seite von Airolo dagegen steht die Arbeit viel schneller vorwärts. Dort war der Tunnelstollen am 31. Decbr. bis auf 101 Meter eingedrungen, und dort sind auch schon Ausmauerungen und Erweiterungen vorgenommen worden. Bei Airolo arbeiten freilich fast täglich bis über 200 Mann, und man sieht hier bis jetzt nur auf Gläsern schäfer mit Quarzgängen und Trümmerstücken, während sich bei Göschenen die Arbeit nur in Granit bewegt. Von dem im Gotthard-Tunnel sich vorfindenden Steinarten werden übrigens 10 Sammlungen angelegt werden, die an die Regierungen von Deutschland und Italien und an die schweizerischen Hochschulen verheilt werden sollen.

Belgien.

Brüssel, 23. Januar. [Subscription für die deutschen Katholiken.] Schreiben des Bischofs Kremens. Bezeichnlich eröffnete das „Journal de Bruxelles“ vor einiger Zeit eine öffentliche Subskription zur Unterstützung der unterdrückten (katholischen) Kirche in Deutschland und Genf. Nachdem diese Zeitung den Bischofs Ermelands und Genfs den Geldbetrag bezeichnet hatte, welches sie für jeden derselben verfügbare hielt, haben die Herren Kremens und Mermillod zwei Briefe an die Redaktion gerichtet, welche nunmehr im „Journal de Bruxelles“ gedruckt vorliegen. Herr Mermillod nimmt das Geschenk entgegen, indem er zugleich seine Erkenntlichkeit dafür bekundet, daß die Redaktion eingesehen habe, „wie die Freiheit der heiligen Kirche und die Würde der Gemüther durch die eigenmächtigen Handlungen der Demokratie in der Schweiz und des Cäsarismus in Deutschland gefährdet seien.“ Das Schreiben des Bischofs Kremens lautet folgendermaßen:

Sehr geehrte Herren! Mit erkenntlichem Herzen habe ich aus Ihrem werten Schreiben vom 9. Januar l. J. ersehen, welcher Anstrengung Sie sich unterzogen haben, um mich für den zeitlichen Nachteil zu entschädigen, welchen mir die ungerechten Maßregeln der diesseitigen Regierung verursachten und mit welcher Opferwilligkeit sich die Katholiken Belgiens berührt haben, mittels reicher Spenden Ihren Empfehlungen nachzukommen. Ich danke Ihnen, sowie sämtlichen geachteten Gebern recht herzlich. Wenn ich aber trotzdem in diesem Augenblick noch zaudere, die mir angebotenen lieblichen Gaben entgegenzunehmen, so geschieht dies, weil ich hoffe, daß die Tribunale meines Landes, an welche ich mich gewendet habe, mir die Hilfsquellen juristischen werden, die mir, in Widerprüch mit allem Rechte Seitens der Behörde vorerthalten werden; und da ich für eine gewisse Zeit gegen Not gehöft bin, erlaube ich mir Sie einzuweisen zu bitten, den Gesamtbetrag der Gaben noch zurückzuhalten zu wollen. Sollte meine Erwartung getäuscht werden, und ich mich in Verlegenheit befinden, dann werde ich mich recht gerne an Ihre Adresse richten und die durch die Abhängigkeit an unsere heilige Kirche für mich gesammelten Spenden entgegen nehmen. Bis dahin stehe ich zu Gott, daß er die Katholiken Belgiens, welche sich bereit haben uns durch ihre Unterstützung zu erfreuen, mit seinen himmlischen undirdischen Segnungen belohne, und bleibe ich mit hoher behördlicher Achtung, sehr geehrte Herren, Ihr erkenntlicher und ergebener Diener Philipp Bischof von Ermeland. Frauenburg (Ostpreußen), am 13. Jan. 1873.“

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 28. Januar. [Schulzache.] Nachdem in einer vorangegangenen allgemeinen Lehrerbefassung, über welche bereits berichtet worden, gegen den Antrag, direkt bei dem Herrn Minister vorstellig zu werden, mit einer Stimmen-Majorität entschieden worden war, zufolge an die königliche Regierung sich zu wenden, wurde in einer abermaligen Befassung die betreffende Petition beraten und am 25. d. durch eine Deputation dem Herrn Regierungspräsidenten Grafen v. Poninsky überreicht.

Derselbe sicherte den delegirten Lehrern in freundlichster Weise zu, daß die königliche Regierung den in der Petition ausgedrochenen Bitten, das Minimaleinkommen und demgemäß die übrigen Gehaltsätze zeitgemäß zu erhöhen, sowie die Besoldung nicht von der Stelle, sondern von dem allgemeinen Dienstalter abhängig zu machen, die wohlwollendste Berücksichtigung werde angenehmen lassen und daß sie denselben bei den hiesigen Behörden unterstützen werde. Die Petition hatte 140 Unterschriften gefunden, eine Zahl, die um so höher anzuschlagen ist, als man vielfach das Gefühl an die königl. Regierung in einem falschen Lichte darstellten und also von vorherem dagegen einzunehmen verfügte.

* [Constituational Stosch.] Aus Liegnitz meldet der dortige „Anzeiger“: Für die durch den Tod des Constituationalists Dr. Falk erledigte Pastorstelle in Waldau ist von Seiten der das fiskalische Patronatssrecht ausübenden Königl. Behörde der Constituationalist Stosch in Breslau nominiert worden; derselbe hat bereits seine Probepredigt gehalten und sind die Mitglieder der Kirchengemeinde aufgesondert worden, etwaige Einwendungen gegen denselben anzumelden. Erfolgt kein begründeter Einspruch, so ist die Vocation und Installation des Herrn Stosch baldigst zu erwarten.

-n. [Soiree.] Am 26. d. M. Abends von 7-8 Uhr fand im großen Saale des Vincenzbautes die erste Soiree des Hahn'schen Clavier-Instituts statt und zwar unter Mitwirkung des Herrn Concertmeisters Tarnke. Die erste Soiree, denn das Institut ist noch sehr jung und hat sich erst vor kurzem Neumarkt Nr. 25 im weiten Hoh institutsmäßig etabliert. Kann man da etwas mit großen Erwartungen dem Einladungs-Programme folgen? Gewiß nicht; aber doch sind diese Erwartungen durch die wirklich freudlichen Leistungen der, der Mehrzahl nach noch fast kindlichen Schülerzahl übertrroffen werden. Spielt doch das eine Knäcklein, welches erst ein halbes Jahr Clavier-Unterricht empfängt, die Piece: „Im Birkenwäldchen von Frank“ Solo, ganz correct und brav herunter. Bei Allen aber sah man deutlich, wie der Lehrer bemüht ist, ihnen Tactgefühl, Verständnis des Stückes und demgemäßen Vortrag beizubringen. Aber Herr Hahn ist auch nicht blos Musiker, er ist zugleich wirklicher Schulmeister d. i. Pädagoge. Neben das Violinspiel des Herrn Tarnke ein Wort zu sagen, wäre überflüssig, da sein kolossal glänzender Ton, sowie die enorme Technik, die er mit Leichtigkeit überwindet, bekannt sind. Er glänzte in dem Vortrage des Violin-Concerts von Biotto und in der Aufführung von Bieutemps. Er sowohl, wie die Leistungen der gegenwärtig noch kleinen Schülerzahl ernteten den laufenden und reichlichsten Beifall des zahlreich versammelten Publikums. — Wir können allen jenen Eltern, welche ihren Kindern einen auf pädagogischen Grundsätzen aufgebauten Clavier-Unterricht angebieten lassen wollen, das Hahn'sche Clavier-Institut aufdringlich empfehlen.

m. Sprottau, 27. Januar. [Verschiedenes.] Im Jahre 1872 wurden in der hiesigen evangelischen Parochie 293 Kinder geboren; gestorben sind 228 Personen; getraut wurden 88 Paare. In der katholischen Parochie waren 66 Geburten, 56 Sterbefälle und 15 Trauungen zu verzeichnen. — Nachdem gestern Vormittag in der Angelegenheit der Fixierung der hiesigen evangelischen Geistlichen und der übrigen Kirchenbeamten im Lamprecht'schen Saale eine Vorbesprechung stattgefunden hatte, wurde am Nachmittage um 1½ Uhr in der evangelischen Kirche die Wahl der mit der Sache zu betrauenden 19 Repräsentanten vollzogen. — Es verlautet, daß es in der Abtheilung der Oberschlesischen Bahn-Direction liege, die von Breslau nach Berlin zu erbauende Eisenbahn-Linie unweit unserer Stadt vorzuziehen. Für die ebenfalls projectierte Strecke „Neusalz-Sprottau-Kohlfurth“ sind vor kurzem die Vorarbeiten genehmigt worden, und so wäre demnach Ausicht vorhanden, daß Sprottau in einigen Jahren Knotenpunkt von 3 Bahnlinien würde. Selbstverständlich wendet sich der Angelegenheit das volle Interesse der hier Bewohnerchaft zu; wir können gleichfalls im Hinblick auf den weiteren Aufschwung unserer Stadt die Verwirklichung der gedachten Projekte nur wünschen. — Hier feierte am 22. d. M. der Töpfermeister Herr Henschke sein fünfzigjähriges Jubiläum als Bürger. Eine Deputation der hiesigen städtischen Behörden beglückwünschte den Jubilar und übermittelte ihm ein Ehrenzeugnis von 10 Thlr. Ebenfalls in diesem Jahre feiert der Genannte sein 50-jähriges Schuh-Jubiläum. — Am 10. d. M. wurden bei der hier stattgehabten Viehzählung verzeichnet: 155 Pferde, 155 Stück Rindvieh, 178 Schafe, 210 Schweine, 24 Ziegen, 72 Bienenstöcke.

? Neusalz a. D. 26. Januar. [Zur Tageschronik.] Nachdem vor kurzem eine theatralische Aufführung dieser Dilettanten zum Besten für die durch Sturmflut verunglückten Oberseebewohner stattgefunden hatte, welche eine Einnahme von circa 50 Thalern erzielte, gab am Freitag der hiesige Männergesangverein zu demselben wohltätigem Zwecke einen Concert, welches sehr zahlreich besucht war und eine Einnahme von 42 Thlr. ergeben hat. — In der abgehaltenen Generalversammlung der hiesigen Stromfahrt-Versicherungsgesellschaft, welche unter dem Vorsitz des Kämmerers hänisch im hiesigen Rathaussaal stattfand, wurde zuvor der Vorsitz des hiesigen Geschäftsjahr Vertrag erstatte, die Rechnung im Aufzuge mitgetheilt und dem Rendanten von der Versammlung Decharge ertheilt; sodann wurde die Wahl zweier Vorstandsmitglieder vollzogen und auf Antrag des Vorstandes die Änderung des Statuts in § 48 beschlossen. Im letzten Verwaltungsjahr sind bezüglich der bei dieser Gesellschaft verschwierten Fahrzeuge 21 Unglücksfälle vorgekommen. Davor kommen auf die Oder 14, Spree 2, Elbe, Weichsel, Warthe, Havel und Dammschen See je 1 Unfall. — Die am 10. stattgefundenen Viehzählung hat ergeben, daß sich in der Stadt Neusalz und den zum Stadtkreis gehörenden Establissements 87 Pferde, 58 Stück Rindvieh, 31 Schafe, 166 Schweine, 69 Ziegen und 51 Bienenstöcke befinden.

? Steinau a. D. 26. Januar. [Eisenbahn - Angelegenheit.] Der Bau unserer neuen Eisenbahnbrücke schreitet bei dem günstigen Wetter rasch vorwärts. Gegenwärtig ist eine Locomotive von 8 Pferdestark aufgestellt, um durch eine Centrifugalpumpe das Wasser aus den Brunnen auszuholen. Die Maschine — (Fitterant Richard Gleiwitz in Breslau) — bewährt sich als außerordentlich leistungsfähig. Die Pumpe fördert den Brunnen binnen 10 Minuten leer, wenn nicht der beständige Zufluß des Wassers die Arbeit der Pumpe fast zu der des Syphonus macht. Auch ist eine Handpumpe aufgestellt, um die Erde aus den Brunnen beußs Sinterung derselben herauzuholen. Auch diese Maschine bewährt sich bei dem leichten Boden ganz vorzüglich. Die Baumaterialien werden mit der äußersten Anstrengung ununterbrochen angefahren, so daß, wenn nicht das zu erwartende Hochwasser Störungen macht, der Bau der Brückenpfeiler in gar nicht langer Zeit beendet sein. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt die Direction schon in Kürze mit dem Aufbau des Bahnterrains vorzugehen. Was jedoch unser Vernehmen in hohem Grade erregt, das ist die Nachricht, daß die Direction beschlossen hat, den Bahnhof auf die dem Dominium Georgendorf gehörige Wiese zu verlegen. Wir haben schon früher einmal berichtet, daß diese Wiese als solche und bei ihrer tiefen Lage das schlechteste Bauteil ist, was man sich denken kann. Wir gehen heut einen Schritt weiter und behaupten, daß der Bau des Bahnhofes an dieser Stelle für die Bahn ein höchst kostspieliger sein wird. Abgesehen von der bedeutenden Aufzüchtung würden bei dem Bahnhof bedeutende Grundbauten notwendig werden. Der Umstand, daß man zu dieser Aufzüchtung den aus dem Durchstich dieses der Oder gewonnenen Boden verwenden könnte, dürfte kaum maßgebend sein, da man zu der Dammabschließung jenseits der Oder sehr viel Boden gebrauchen wird und den diefeis gewonnenen hierzu verwenden könnte. Man muß diese Wiese nur einmal in nassen Jahren gesiehen haben, um einzusehen, daß wir nicht zu viel behauptet haben. Was kann also die Direction bestimmen, diese Stelle für den Bahnhofsbau den beiden anderen projectirten vorziehen? Sollte dies einzig und allein der Umstand sein, daß das Dominium Georgendorf der Bahn 12 Morgen Land für den Bahnhof als Geschenk angeboten hat? Der Wert dieses Geschenks dürfte nach dem Urtheil von Sachverständigen pro Morgen ca. 100 Thaler, mit Rücksicht auf die Wirthschaftserwerbung höchstens 150 Thaler betragen, macht 3000 Thaler. Sollte die Direction diesem Actum nicht diejenige Mehrausgabe, welche dieses ungünstige Bahnhofsterrain macht, als Passivum gegenüber stellen? Gibt es ein geeigneteres und zugleich billiger zu erkaufendes Terrain für den Bahnhof als jener Winkel, in welchem die Lübecker Chaussee und die Parchimer Straße zusammenstoßen? Letztere müßte allerdings hier etwas verlegt werden, so daß sie oberhalb des Bahnhofes in die Lübecker Straße einmünden würde. Hier ist guter Baugrund, es sind keine bedeutende Auffüllungen, keine großen Abtragungen nötig, der Bahnhof läge an den beiden Hauptverkehrsstrassen des Kreises, derselbe hätte mit den beiden Mühlbächen nichts zu thun und die Bahn ginge von hier in grader Linie auf Dammtisch zu. Und könnte die Bahn auf das Geschenk des Bahnhofsterrains durchaus nicht verzichten, nun dann sind wir fest überzeugt, daß unsere arme Stadt gern das Opfer bringen wird, an der oben bezeichneten Stelle 12 Morgen zu erwerben und der Bahn geschenktweise zu überlassen.

© Hirschberg, 27. Januar. [Adresse - Winter.] Bezuglich der kirchlichen Gesetzesvorlage liegt gegenwärtig eine an Seine Majestät den Kaiser gerichtete Adresse mit folgendem Inhalt zur Unterschrift aus: Kaiserlicher und Königlicher Majestät erhabenen Thron nähern sich auch Katholiken Hirschbergs in Schlesien mit der allerunterthänigsten Kundgebung, daß sie durch die vier kirchlichen Vorlagen, mit denen gegenwärtig das hohe Abgeordnetenhaus besetzt ist, in keiner Weise das Wohl und den Bestand der christkatholischen Kirche für einträchtig halten. Im Gegenteil erbliden sie in diesen Vorlagen, welche Gw. Majestät Regierung der Volksvertretung gemacht, eine wirksame Schutzwehr gegen die Übergänge des Ultramontanismus, welcher die Lehre der Christ-katholischen Kirche verfälscht hat und uns die deutschen Katholiken unserem deutschen Patriotismus kirchlicherseits durch ultramontane Priester zu verklammen sucht. Mit dieser allernützigen Kundgebung ersterben wir als ... Seit gestern scheint hier der Winter ernstlich einzutreten zu wollen. Heut früh hatten wir 6 Grad N. Kälte; dazu gesellte sich im Laufe des Nachmittags Schneewetter.

▲ Schweidnitz, 26. Januar. [Gehaltsverbesserung der Lehrer - Gasanstalt - Finanzplan.] Die Frage wegen der Gehaltsverbesserung der Lehrer an den Volksschulen, sowie an der höheren Höhererschule ist in der letzten Sitzung der Stadtverordneten vorläufig zum Abschluß gekommen. Nämlich der Rat der Regierung, welcher der Magistrat an den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ergriffen, sich als erfolglos erwiesen, und die Königliche Regierung zu Breslau ihre Aufforderung erneut hatte, proponierte der Magistrat derselben nachzukommen, jedoch mit dem Vorbehalt der Abänderungen, welche etwa durch die Bestimmungen des zu erwartenden Unterrichtsgesetzes eintreten dürften. Die Stadtverordneten genehmigten den Antrag des Magistrats. Demgemäß werden die hiesigen Lehrer fortan mit einem fixen Einkommen von 300 Thalern beginnen und von fünf zu fünf Jahren eine Zulage von 75 Thlr. erhalten, bis sie nach 20jähriger Dienstzeit das höchste Einkommen von 600 Thaler erreicht haben. Außerdem wird ihnen eine Entschädigung des Mietshaus für Wohnung und eine Vergütung in baarem Gelde für Feuerungsmaterial gewährt werden. Bei der Fixirung des Einkommens wird ferner die ganze Dienstzeit, nicht blos die am hiesigen Orte beständene in Aussicht gebracht werden. Das Einkommen der Lehrerinnen wird von dieser neuen Gehaltskala zur Zeit nicht berührt. Der Gehalt, mit dem ihre Stellen beim Amtsamtirette dotti sind, vermehrt sich von 5 zu 5 Jahren um 25 Thlr. Sehr zu danken ist der Rat der Regierung, daß er die Gehaltsverbesserung der Lehrer an den höheren Höhererschulen nicht auf die 20jährige Dienstzeit beschränkt hat, sondern die gleiche für alle Lehrer an den Volksschulen. — Die Gehaltskala zur Zeit nicht berührt. Der Gehalt, mit dem ihre Stellen beim Amtsamtirette dotti sind, vermehrt sich von 5 zu 5 Jahren um 25 Thlr. Wahrscheinlich wird denselben aber nocheinige Entschädigung für Wohnung und Feuerung gewährt werden. Den Rectoren der beiden Städtschulen ist, da in Bezug ihrer Gehälter Seitens der Königlichen Schulaufsichtsbehörde eine definitive Bestimmung noch nicht erlassen worden, einzusehen eine jährliche Gehaltsverhöhung von 150 Thlr., wie bereits früher berichtet worden, zuerkannt. — Eine andere wichtige Vorlage, welche der Magistrat in der letzten Sitzung eingebbracht hat, betrifft die Erweiterung des Röhrenstranges für die Gasbeleuchtung. Nachdem die Deputirte, welche der Inspector der Gasanstalt, Herr Schlosser, über die Vermehrung des Gasconsumenten seit der vor 10 Jahren erfolgten Begründung der Anstalt und über die jetzigen Erfordernisse der Beleuchtung ausgearbeitet hatte, zum Vortrag gekommen, bewilligte die Versammlung den Antrag der Gas-Deputation und des Magistrats gemäß 18,000 Thlr. für die neue Röhreleitung. Die Vorlagen für die Erweiterung der Gasanstalt werden später eingebracht werden. Die neue Röhreleitung nach Kleinhau und den benachbarten Fabriken wird baldigst in Angriff genommen werden. — Bewußt der größeren Ausgabe, welche die Commune in der nächsten Zeit zu machen hat, wie für die Gasbeleuchtung, die Herstellung des projectirten Wasserbehälterwerkes, die Anlage neuer Straßen, den Bau neuer Schulhäuser, wird dieselbe genehmigt sein eine Anleihe aufzurichten. Mit Bezug darauf wird binnen Kurzem den Vertretern der Stadt der vertheilte Finanzplan vorgelegt werden.

□ Neustadt, 25. Januar. [Wählerlisten - Consumenten - Telegraphen-Stationen.] Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1871 wurden die Wählerlisten für die hiesigen Stadtverordnetenwahlen einer Revision unterzogen und den Bestimmungen für Städte über 10,000 Einwohner entsprechend verändert. Diese nach anderen Normen umgebaute Entsprechung ist trotz der erheblichen Erhöhung der Wahlzahlen bis heute noch nicht veröffentlicht worden. Obgleich die Einsicht in die Listen im städtischen Secretariate seiner Zeit gestattet war, ist dennoch dem größten

Theile der Wähler unbekannt geblieben, welcher Abteilung sie gegenwärtig angehören. In Folge dessen sind bei den letzten Wahlen vielen insofern Umstände erwachsen, als sie in derjenigen Wahlteilung, welche sie früher angehörten, zwecklos erschienen sind. Um bei den bestehenden Eratzwahlen ähnliche Ungünstigkeiten der Wähler zu ersparen, dürfte wohl angezeigt sein, wenn die Listen sobald als möglich veröffentlicht würden. Diese Forderung ist auch in der letzten Versammlung des Bürgervereins allseitig als berechtigt anerkannt worden. — Die in dem oben genannten Vereine wiederholt ventilierte Frage, ob die Gründung eines Consum-Vereins zweckmäßig sei, hat, nachdem diese Frage zwar bejaht, die Gründung eines Consum-Vereins durch den Bürgerverein aber als seinen Zwecken nicht entsprechend abgelehnt worden war, in der letzten Zeit anderweitig ihre Erledigung gefunden. Eine in diesem Zwecke beruhende allgemeine Versammlung der Interessen hat den Consumverein bereits ins Leben gerufen. Es erräth in dieser Versammlung 80 Personen sofort die Mittelchaft, denen bald darauf noch 50 nachfolgten. Noch jetzt gehen täglich Beitrittsklärungen ein. Der provisorisch gewählte Vorstand hat die Vorarbeiten so weit vollendet, daß künftigen Montag, den 27. d. Mts. die definitiven Wahlen für den Verwaltungsrath und den Vorstand erfolgen werden. — Nach zuverlässigen Mitteilungen werden noch im Laufe dieses Sommers in den zum hiesigen Kreise gehörigen Nachbarstädten Zülz und Ober-Glogau mit den Post-Amtshäusern combinirte Telegraphen-Stationen eingerichtet und diese in die Drahtausleitung Nr. 685 eingeschaltet werden, so daß sie mit den Stationen Breslau, Neisse, Neustadt, Leobschütz, Ratibor und den Stationen an der Leitung Katzbach-Wyslowitz, sowie mit der Station Troppau telegraphisch direct verkehren werden.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 27.	28.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	335 ⁴ ,66	335 ⁴ ,57	335 ⁴ ,03	
Lufttemperatur	— 0°,5	— 2°,7	— 3°,3	
Dunstdruck	1°,51	1°,14	1°,31	
Dunstättigung	79 p.C.	73 p.C.	89 p.C.	
Wind	NO. 1	SO. 1	SO. 1	
Wetter	bedeut. Schnee	bedeut. Schnee	bedeut. trübe	

Breslau, 28. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 J. 11 J. U.-P. 1 J. — 3.

Berlin, 27. Januar. Im gestrigen Brabativerkehr war das Geschäft bei fester Haltung wenig belebt. Märkisch-Poß. und Continental-Pferdebahn lebhaft und steigend. Credit 203⁴, Lomb. 116⁴ — 1⁴, Franz. 203⁴, Galiz. 105, 60⁴ Loos 96⁴, Silberrente 65⁴, Papier-Rente 61⁴ bez. u. G., Ital. 64⁴, Franz. Rente 85⁴ bez. u. G., Märk.-Poß. 63 bez. u. G., Rechte Über-Userb. 127, Coln-Minn. 165⁴ G., Rhein. 155⁴ bez. u. G., Preußische Bodencredit. 175⁴, Provinz-Disc. 166 etw. bez., Essener Credit 133 bez. u. G., Rheinische Effecten. 127, Darmstädter 18⁴, Preuß. Central-Bodencredit 131 bez. u. G., Continental-Pferdebahn 104⁴ bez. u. G., Hörder Hütte

Staatsbahn, nach 35%—36% umgehend, haben sich später wieder bis 35%. — Galizier bleiben 244 gegen 244%. — Alsfeld-Gürtner sind 186% gegen 187%. — Böhmische Westbahn 257% gegen 257. Elisabeth 268% gegen 267%. — Franz. Josef 237 gegen 238. 4% proc. Bayer. Ostbahn 131% gegen 130%. 4% proc. Hessische Ludwigsbahn 174%, gegen 175%.

Eisenbahn-Prioritäten in möglichsten Posten umgesetzt, bleiben in den Courien wenig verändert, gegen die Vorwoche.

Von Fonds waren Österr. Renten beliebt: Silber-Rente 65%, Papier-Rente 61%, Spanier 26%, Amerikaner in allen Tattungen besser bezahlt: 81r 100%, 82r III. u. IV. Ser. 96%, II. Ser. 96%, 84r 96%, 85r Juli 97%, 87r 98%.

Loospapiere ziemlich belebt. Braunschweiger 24%, Badische 35 Fl.-Loose 70, Österr. 39r 207%, 54r 92, 60r 96%, 64r 163; Creditibloose 207%, Ungarische 110%, Raab-Grazer 84%.

Dieselben waren in großen Summen im Verkehr: Amsterdam bleibt 98%, Hamburg 87%, London 118%, Wien in l. Sicht 107% in l. Sicht 167%.

Sorten unverändert.

Geld ist sehr leicht.

[Grüneberg-Sagan-Görlitzer Eisenbahn.] Die von den städtischen Behörden von Görlitz niedergelegte Commission zur Berathung von Eisenbahnen hat sich an die Directionen der Oberschlesischen und der Breslau-Freiburger Bahn mit der Anfrage gewendet, ob die Ausführung der intendirten Eisenbahn Grüneberg-Sagan-Görlitz ihrerzeit beabsichtigt werde. Beide Directionen haben darauf verneinend geantwortet. Dieselbe Antwort wird Seitens der Direction der Berlin-Görlitzer Bahn erwartet.

[Eisenbahn Legnitz-Morgenroth.] Wie die "B. B. 3." erfährt, soll der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn die Concession zu einem direkten Bause nach dem Oberhessischen Bergwerksdirektor von Legnitz aus über Strelasund nach Morgenroth schon in allerhöchster Zeit ertheilt resp. die betreffenden Arbeiten für Rechnung des Staates ins Werk gesetzt werden.

[Concession.] Der "Staatsanzeig." veröffentlicht die Concessions-Urkunde für die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft, betreffend den Bau und Betrieb einer Verbindungs-Eisenbahn von Scherfede und Carlshafen über Beberungen nach Holzminden.

Wien, 27. Jan. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 16. bis 23. Januar 177,152 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mehreinnahme von 11,224 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 9595 Fl., Mindereinnahme 3249 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1540 Fl., Mindereinnahme 352 Fl.

Trautenau 27. Januar. [Garnbörse.] Der heutige Garnmarkt, zugleich Fahrmarkt, war recht gut besucht und die seit Beginn dieses Jahres signalisierte Lebhaftigkeit im Eine-Garn-Geschäft muss als ein erfreuliches Zeichen der eingetretener Besserung in diesem Geschäftszweige angesehen werden.

Die heute gemachten Umsätze waren sehr belangreich und bisherige Preise wurden entschieden, vielsach mit großer Neigung zur Steigerung derselben festgehalten. Bezahlt wurden:

Flor Nr. 10 a 73, Nr. 12 a 64%, Nr. 14 a 59%, Nr. 16 a 56%,

= 18 a 53, = 20 a 50%, = 22 a 48%, Nr. 25 a 46%,

= 28 a 44%, = 30 a 43% Gulden pro Schock,

Line Nr. 30 a 44%, Nr. 35 a 40, Nr. 40 a 36%, Nr. 45 a 35%,

= 50 a 34%, Nr. 55, Nr. 60, Nr. 65, Nr. 70 a 33% Gulden pro Schock, durchschnittlich, Biel 4 Monat, per Cassa 2% Conto.

Berlin, 27. Januar. Weizen: Termine etwas höher bezahlt. Gefündigt — Ctar. Loco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., weißbunter poln. — Thlr. bez. pro Januar 82% Thlr. Br. % Thlr. Gd. pr. Januar-Februar 82 Thlr. Br. Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-May 83—82—82% Thlr. bez., Mai-Juni 82% Thlr. bez., Juni-Juli 82—% Thlr. bez., August 82—% Thlr. bez., August loco, nur in besserer Ware gefragt. Für Termine zeigte sich Anfangs zu den vorherigen Schlusspreisen zwar nur schwacher, aber doch überwiegender Begehr, der sich während der ganzen Börsenseite auch erhöht. Loco 56—60 Thlr. pro 1000 Kilogr. gefordert, russischer 56—% Thlr. bez., inländischer 57%—58 Thlr. ab Bahn bez., pr. Januar 57% Thlr. bez., Januar-Februar 56—% Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-May 55%—56 Thlr. bez., Mai-Juni 55%—% Thlr. bez., Juni-Juli 55%—% Thlr. bez., Juli-August 55%—% Thlr. bez., Russ. Bahn in Folge der kalten Witterung höher bei ziemlich lebhaften Handel. Gefündigt — Ctar. Loco 22% Thlr. — Spiritus loco gefragt und willig höher bezahlt, profitierte auch auf Termine nicht unbedeutlich im Werthe. Loco ohne Tax 18 Thlr. 7 Sgr. bez. pro Januar und Januar-Februar 18 Thlr. 12—14 Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-May 18 Thlr. 20—23 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 21—26 25 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. bis 19 Thlr. 3 Sgr. bez., Juli-August 19 Thlr. 6—8 Sgr. bez. Gelindigt 10,000 Liter. — Kündigungsspreis 18 Thlr. 13 Sgr. — Wetter: kalt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph-Bureau.)

West, 27. Jan., Abends. Unterhaus. Der Finanzminister tritt in der Budgetdebatte den Ausführungen der Opposition entgegen und empfiehlt die Annahme der Ausschusshandlungen. Seinen Erklärungen zufolge ist ein Theil des Gesamtdefizits von 67 Millionen durch die realisierte Anleihe von 45 Millionen, der Rest durch Steuererträge und die Aufkünste aus den Veräußerungen von Staatsgütern gedeckt.

Das Deficit des Extraordinariums ist durch außerordentliche Einnahmen, eventuell unter Heranziehung des mobilen Staatsvermögens im Betrage von 12 Millionen zu decken. Die bestätigende Lösung der Bankfrage ohne Auferstehung der Interessen der eiselenthärtischen Reichshälfte ist in sicherer Aussicht. Im nächsten Jahre ist keine Erhöhung der Ausgaben notwendig. Die auf 30 Millionen veranschlagten Staatsbauten machen die Aufnahme einer Anleihe erforderlich. Zur Deckung der Eisenbahngarantie wird die Regierung die Anwendung eines eigenen Fonds beantragen.

Rom, 27. Januar. Der Ausschuss der Deputiertenkammer zur Berathung des Gesetzentwurfs über religiösen Körperchaften hat zur Prüfung der Konvertitur der geistlichen Güter betreffenden Artikel ein besonderes Subcomitee eingesetzt und will mit dem Ministerium erst dann in weiteres Vernehmen treten, wenn der ihm ertheilte Auftrag erledigt resp. seine Arbeiten vollständig beendigt sind. — Neben einen neuen Handelsvertrag mit Frankreich haben der "Staate" zufolge noch keine Verhandlungen begonnen, es soll vielmehr erst das Ergebnis der Enquête, zu welcher die Industriellen Italiens zusammengetreten sind, abgewartet werden, auch will man vor neuen Verhandlungen erst von dem Inhalte des neuen britisch-französischen Handelsvertrages und von dessen Tarifbestimmung unterrichtet sein. Nach demselben Blatt hätten Italien und Frankreich in der Laurionfrage die guten Dienste Österreichs nachgesucht, da Österreich der griechischen Regierung einige zur Basis für die Unterhandlungen geeignete Vorschläge gemacht habe, welche freilich von dieser mit anderen unannehbaren Gegenvorschlägen beantwortet worden seien. Die "Staate" bestätigt dabei, daß in der Laurionangelegenheit bis jetzt kein Schritt zu einer endlichen Lösung geschehen sei.

Paris, 27. Januar, Abends. Dreißigercommission. Fortsetzung der Berathung über das Verfahren bei Interpellationen. Man beschloß die Amendments-Duchate, wonach der Präsident nur bei Interpellationen über die äußere Politik gehört werden soll, und Broet, welcher dem Präsidenten das G. hörte bei Interpellationen über die allgemeine Politik, der Nationalversammlung die Entscheidung über die betreffenden Gesuche des Präsidenten vindictiv, in Erwägung zu ziehen. Die Commission wird über die Amendments mit der Regierung weiter verhandeln. Die Commission diskutiert darauf Artikel 3 des Gesetzes über die Machtvolkommenheit der Executive nach der Fassung Ernouls, wonach der Artikel lautet: Die Dreißigercommission bleibt beauftragt, der Nationalversammlung später den Gesetzentwurf über die Errichtung der ersten nach Aufführung der Nationalversammlung in Funktion tretenden Kammer vorzulegen. Die Dreißiger-Commission soll sich mit der

Wahlgesetzcommission zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes vereinigen. Allerde 1 des Artikels 3 in der Fassung Ernouls wurde angenommen; betreffend Alinea 2 folgt morgen die Fortsetzung der Debatte.

London, 28. Januar. Ein heutiges Telegramm der "Times" aus Paris meldet die heute bevorstehende Unterzeichnung des englisch-französischen Handelsvertrages durch Thiers. Prinz Napoleon kehrt heute nach Woolwich zurück.

Amsterdam, 27. Januar. Die niederländische Bank hat den Discont von 5 auf 4% Prozent herabgesetzt.

Lissabon, 26. Januar. Die Kaiserin-Mutter von Brasilien, Amalie, geborene Prinzessin von Leuchtenberg, ist gestorben.

Berliner Börse vom 27. Januar 1873.

Wechsel-Course.

			Eisenbahn-Stamm-Action.		
			Divid. pro 1871	1872	ZF.
Amsterdam 250 Fl.	k. S. 5	140%	bz. B.	4	46 1/2% bz
do. do.	2 M. 5	139 1/2%	bz. G.	4	123 1/2% ct bz
Hamburg 300 Mk.	k. S. 4	149 1/2%	bz. G.	10	200 G.
do. do.	2 M. 4	6.20%	bz.	4	116 bz
London 1 Lst.	3 M. 4	6.20%	bz.	4	224% et bz.
Paris 300 Frs.	2 M. 5	9 1/2% B.	% G.	14	152 bz G.
Wien 150 Fl.	8 T. 5	9 1/2% B.	% G.	11	182 1/2% bz
Augsburg 100 Fl.	2 M. 6	9 1/2% B.	% G.	5	110% bz
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 5	9 1/2% B.	% G.	4	122% bz
do. do.	2 M. 4	9 1/2% G.		5	113% bz
Frankf.a.M. 100 Fl.	2 M. 5	—		4	165 1/2% et G.
Petersburg 100 R.	3 M. 6	89 1/2%	bz.	5	113 1/2% bz
Warschau 90 R.	8 T. 5	82	bz.	5	105 1/2% et bz
Bremen	III. 5	—		5	105 1/2% et bz

Fonds und Gold-Course.

Freiw. Staats-A. 1/2% 102 G.	101 1/2% 102 G.	102 G.	Eisenbahn-Stamm-Action.
Staats-A. 1/2% 102 G.	101 1/2% 102 G.	102 G.	Divid. pro 1871
ditto consolid.	103 1/2% 102 G.	102 G.	1872
ditto 4% 102 G.	96 B.	96 B.	ZF.
Staats-Schuldechein.	89 1/2% bz.	89 1/2% bz.	
Präm.-Anleihe v. 1856	125 B.	125 B.	
Berliner Stadt-Oblig.	101 1/2% B.	101 1/2% B.	
Cöln-Mind. Prämiensch.	95 1/2% G.	95 1/2% G.	
Berliner	98 1/2% bz.	98 1/2% bz.	
Central-Boden-C.	102 B.	102 B.	
Pommersche	81 1/2% G.	81 1/2% G.	
Posensche	90 1/2% bz.	90 1/2% bz.	
Schlossische	—	—	
Kur. u. Neumärk.	95 1/2% B.	95 1/2% B.	
Pommersche	89 1/2% B.	89 1/2% B.	
Posensche	92 1/2% bz.	92 1/2% bz.	
Westfäl. u. Rhein.	94 G.	94 G.	
Stargard-Posen	97 1/2% G.	97 1/2% G.	
Sächsische	96 1/2% bz.	96 1/2% bz.	
Schlesische	93 1/2% G.	93 1/2% G.	

Louis'dor 111 1/2% Dollars 1.11 1/2%.	Dollars 1.11 1/2%.	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Action.
Sovereigns 6.21 1/2% Fz.	Frm.Bnk. 99 1/2% bz.	Divid. pro 1871
Napoleons 5.10 1/2% B.	Oest.Bnk. 91 1/2% bz.	1872
Imperials 5.16 G.	Russ. Bnk. 82 1/2% bz.	ZF.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente . . .	65 1/2% bz.	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Action.
do. Papierrente . . .	61 1/2% 6 1/2% bz.	Divid. pro 1871
do. Lott.-Anl. v. 60	98 1/2% ca. bz.	1872
do. 54er Präm.-Anl.	94 1/2% bz.	ZF.
Credit-Loose . . .	118 B.	
do. 64er Loose . . .	92% G.	
do. Silberpfandb. . .	83 1/2% bz.	
Pfd.Bd.Oest.Bd.Cr.Ga.	92 1/2% bz.	
Wiener Silberpfandb. . .	86 1/2% G.	
Russ. Präm.-Anl. v. 64	127 1/2% bz.	
do. do. 1866	124 B.	
Russ. Pol.-Crd.Pfb. . .	91 1/2% bz.	
Russ		